

JÜDISCHE GEMEINDE PINNEBERG

Oeltingsallee 20a 25421 Pinneberg

Presseerklärung

Wir nehmen mit Bedauern die Erklärung des Kreistages gegen Fremdenfeindlichkeit zur Kenntnis. Mit Bedauern deswegen, weil es nicht gelungen ist, einen Text zu finden, dem alle Fraktionen des Kreistages zustimmen konnten.

Schon in der aktuellen Stunde der Sitzung zeigte sich, leider, eine Haltung der CDU, die dem Ernst der Situation nicht angemessen war. Der Kreispräsident Burkhard Tiemann zog in seiner Rede Vergleiche zwischen dem Deutschen Reich nach 1933 und der DDR. Es ist aus unserer Sicht richtig, dass viele Juden in der DDR in der Zeit des Stalinismus gelitten haben und auch eingeschüchtert und benachteiligt wurde, aber die DDR hat nicht die Schuld auf sich geladen 6 Millionen Juden ermordet zu haben, allein deswegen verbietet sich ein solcher Vergleich. Auch der Passus in dem rechte und angeblich linke Gewalt gleichgesetzt wurden, ist so nicht haltbar. Bei der Demonstration wegen des Anschlags auf unsere Gemeinde im letzten Jahr waren viele Menschen aus dem linksradikalen Spektrum vertreten. Diese Demonstration verlief ruhig und diszipliniert. Erinnerung soll hier auch daran, dass die CDU mit ihrer Mehrheit im Kreistag einen Auftrag an die Kreisverwaltung gegeben hatte „linksradikale Gewalt“ im Kreis Pinneberg zu untersuchen und von der Kreisverwaltung die Antwort erhielt, es gebe so etwas im Kreis Pinneberg nicht. Mit ihrem Verhalten hat die CDU der Demokratie einen Bärendienst erwiesen.

Am vergangenen 1. Mai konnte man sehen, wie die Neonazigruppe agiert, die auch den Aufmarsch hier in Pinneberg organisiert. Es gab aus den Reihen der Neonazis gewalttätige Übergriffe auf Gewerkschafter und Antifaschisten in Neumünster und Itzehoe. Ein weiterer Beweis dafür von wem Gewalt ausgeht – und wenn die Angegriffenen sich dann wehren, ist das dann linksradikale Gewalt?

Wir fordern die CDU auf, sich dem Bündnis gegen den Naziaufmarsch in Pinneberg anzuschließen. Dann und nur dann ist ihr vorgebrachter Antifaschismus auch glaubhaft. Wir möchten daran erinnern, was ein

Bürgermeister der CSU in Bayern anlässlich einer Demonstration gegen einen Naziaufmarsch in seiner Stadt sagte: „Wir machen heute das, was wir 1933 versäumt haben. Ungeachtet aller politischen Differenzen, wir stellen uns gemeinsam dem braunen Mob entgegen.“